

Datenschutzhinweise und Informationen

gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)



in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises im Rahmen eines Fachverfahrens nach einer elektronischen, immissionsschutzrechtlichen Antragstellung über das Portal ELIA

Diese Informationen dienen der Transparenz, wie die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten umgeht.

Bitte beachten Sie die Besonderheiten bei Nutzung des digitalen Portals (ELIA) bei Antragstellung: Bei Nutzung des Online-Portals ELIA zur digitalen Antragstellung der oben genannten Leistungen, ergeben sich andere datenschutzrechtliche Verantwortlichkeiten, die Sie bitte den Datenschutzhinweisen im Portal entnehmen. Die **fachliche Bearbeitung Ihres Anliegens obliegt allerdings der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung, sobald Ihr Antrag von der Kreisverwaltung zur weiteren Bearbeitung aus dem Portal übernommen wurden.** Sie erhalten hierüber eine Benachrichtigung, es gelten dann die hier vorliegenden Datenschutzhinweise.

Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt bei uns einen sehr hohen Stellenwert, deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ausnahmslos im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und spezialgesetzlicher Regelungen, **wie hier vor allem in Verbindung mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV). Bei Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten über das Portal, kommt ggfls. zudem das Onlinezugangsgesetz (OZG) zur Anwendung ggfls.** in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Rheinland-Pfalz (E-Government-Gesetz Rheinland-Pfalz – EGovGRP).

Ihre Daten werden durch die Kreisverwaltung digitalisiert und ggfls. manuell verarbeitet, d. h. Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert, ggfls. ausgedruckt und übermittelt. Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei dem / der Betroffenen zu erheben. Bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage, Vollmacht oder Ihrer Einwilligung können im konkreten Fall personenbezogene Daten jedoch auch bei Dritten erhoben werden.

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung der erhobenen, personenbezogenen Daten ist die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, soweit eine Verantwortlichkeit ausschließlich im Fachverfahren der Kreisverwaltung zuzuordnen ist (das Portal weist andere Datenschutzhinweise und Verantwortlichkeiten aus, siehe dort)

vertreten durch den Landrat des Westerwaldkreises, Herrn Achim Schwickert

Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur

Telefon: (+49)2602 124-0, Telefax: (+49)2602 124-238

E-Mail: kreisverwaltung@westerwaldkreis.de

Webseite: <https://www.westerwaldkreis.de/>

2. Datenschutzbeauftragte

Die behördliche Datenschutz- und Transparenzbeauftragte der Kreisverwaltung erreichen Sie unter der Postanschrift: Datenschutzbeauftragte, Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur

oder unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@westerwaldkreis.de, Telefon: 02602 124-792

Sie können sich bzgl. datenschutzrechtlicher Fragen gerne jederzeit an unsere behördliche Datenschutzbeauftragte wenden.

3. Verarbeitungszwecke

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihre immissionschutzrechtliche Antragstellung entscheiden und Ihr Anliegen bearbeiten zu können (Verarbeitungszweck).

Dabei handelt es sich, wie bereits oben dargestellt um Anträge nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG und/oder der Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV), die im Fachverfahren von der Kreisverwaltung zur weiteren Bearbeitung übernommen werden. Im Einzelnen kann es dabei um folgende Fallkonstellationen gehen:

Leistungsschlüssel	Leistungen	Gesetz / Verordnung
99063009006000	Errichtung und Betrieb von Anlagen Genehmigung	<p>§ 4 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)</p> <p>§ 5 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)</p> <p>§ 6 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)</p> <p>§ 10 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)</p>
99063012001000	Teilgenehmigung zur Errichtung einer Anlage Erteilung	§ 8 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes Immissionsschutzgesetz –BImSchG)
99063014006000	vereinfachtes Verfahren nach BImSchG Genehmigung	§ 19 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) Anhang 1
99063015001000	Vorbescheid zu einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Erteilung	<p>§ 9 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch</p> <p>Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes Immissionsschutzgesetz BImSchG)</p>
99063016006000	vorzeitige Errichtung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Genehmigung	§ 8a Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG)

Leistungsschlüssel	Leistungen	Gesetz / Verordnung
99063054261000	Anzeige über eine aufgrund Gesetzesänderung erstmalig genehmigungsbedürftige Anlage Entgegennahme	§ 67 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) 4. Bundesimmissionsschutzverordnung (4. BImSchV)
99063001261000	Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Entgegennahme	§15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
99063055006000	Störfallrelevante Errichtung und Betrieb oder störfallrelevante Änderung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage Genehmigung	§ 23b Absatz 1 Satz 1 Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz BImSchG)
99063055261000	Störfallrelevante Errichtung und Betrieb oder störfallrelevante Änderung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage Entgegennahme	§ 23a Absatz 1 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
99063001006002	Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Genehmigung für störfallrelevante Änderung	§ 16a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
99063001006001	Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Genehmigung für wesentliche Änderung	§ 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) 4. Bundesimmissionsschutzverordnung (4. BImSchV)
99063001006003	Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage nach BImSchG Genehmigung im Rahmen von Repowering einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien	§ 16b Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) 4. Bundesimmissionsschutzverordnung (4. BImSchV)

4. Informationen zur Weiterverarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten

- Datenkategorien und weitere Empfänger der Daten

Um Ihren Antrag (bzw. Anfrage), sowie die Gewährung der Zulassung bzw. Abmeldung bearbeiten zu können, werden verschiedene Kategorien an Daten (wie z.B. Ihre Kontaktdaten usw.) erhoben. Z.B. diese Kontaktdaten/Namen zu Ihrer (natürlichen) Person können dann personenbezogene Daten sein, und werden weiterverarbeitet, soweit dies zur Bearbeitung jeweils zweckdienlich bzw. erforderlich ist. Diese werden dann folgendermaßen weiterverarbeitet und auch an andere, zuständige Stellen übermittelt:

Datenkategorien

- Personenbezogene Daten des Antragstellers und beteiligter Personen (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Angaben zu informierten Stellen (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Angaben zu den Verantwortlichen nach BImSchG (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Angaben zu beteiligten Verwaltungsverfahren (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Angaben zu den beteiligten Prozessen und weiteren Anträgen (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Angaben zu in Zusammenhang stehenden Bauanträgen, Lageplänen, (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Baugenehmigungen, Eignungsfeststellungen, Werkslage- und Gebäudeplänen (Vor- und Nachname, Adressdaten, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)

Es können ggfls. weitere Nachweise und Datenkategorien, je nach Fallkonstellation und Rechtsgrundlage benötigt werden oder weniger Angaben bei einer bloßen Anfrage oder Auskunftserteilung. Die Auflistung der hier dargelegten Datenkategorien und Erhebung personenbezogener Daten ist daher unter Umständen nicht abschließend oder es werden nur Teilkategorien benötigt.

Falls gesetzlich legitimiert und dem Fachverfahren zweckdienlich, ist es zudem möglich, dass Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger weitergeleitet werden, wie z.B. an eine weitere, zuständige Landes- oder auch Bundesbehörde.

HINWEIS: Bei Nutzung des Online-Portals ELIA und ggfls. durch die Übermittlung des Antrages über eine Elster-ID ergeben sich andere Verantwortlichkeiten. So kann der Betreiber des Portals als Empfänger allein bzw. gemeinsamer, datenschutzrechtlicher Verantwortlicher Ihrer personenbezogenen Daten sein (siehe dazu die jeweiligen Datenschutzhinweise im Portal); zudem können sich bei Nutzung des Portals je nach Bearbeitungsschritt (z.B. Elster-ID / Bund ID als weiterer Empfänger) weitere, unterschiedliche datenschutzrechtliche Verantwortlichkeiten ergeben, die ebenso den jeweiligen Datenschutzhinweisen im Portal entnommen werden können.

Mit Annahme Ihres Antrags aus dem Portal und der fachlichen Weiterbearbeitung Ihres Anliegens (Fachverfahren) durch die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises ist jedoch die Kreisverwaltung ab diesem Zeitpunkt datenschutzrechtlich verantwortlich, es gelten dann die hier vorliegenden Datenschutzhinweise.

5. Datenschutzrechtliche Legitimation - Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten auf einer Einwilligungserklärung beruht, so erfolgt die Verarbeitung aufgrund Art.6 Abs.1 S.1 Buchstabe a DSGVO ("Einwilligung").

Erfolgt die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der die Kreisverwaltung unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 Absatz 1 Buchstabe c i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO ggfls. i.V.m. § 3 LDSG, bzw. i.V.m. BDSG bzw. i.V.m. mit spezialgesetzlichen Regelungen, wie das BImSchG oder die BImSchV als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe d DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe bzw. Bearbeitung, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, erforderlich, so dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Darüber hinaus gelten die damit in Verbindung stehenden spezialgesetzlichen Regelungen, wie oben im zweiten Absatz dargestellt.

Rechtsgrundlage bei Bearbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ist Art. 9 Abs.2 Buchstabe a) - j) DSGVO i.V.m. Art.9 Abs. 3 und 4 DSGVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, zum Zwecke der Erfüllung des fachspezifischen Aufgabenkatalogs.

Ergänzend ist ggfls. die Verarbeitung in Erfüllung eines Vertrags, bzw. vorvertragliche Erfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Absatz 1 Buchstabe b DSGVO zu erwähnen.

6. Auftragsverarbeiter

Bedienen wir uns eines Auftrags(daten)verarbeiters (z.B. IT-Dienstleister, Scandienstleister usw.), also jemanden, der in unserem Auftrag als Dienstleister für uns Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet (z.B. Verarbeitung in Softwarelösungen von Dienstleistern, einscannen usw.), so schließen wir mit unseren Dienstleistern einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art.28 Abs. 3 DSGVO ab. Damit verpflichten wir unsere Dienstleister zur Datenschutzkonformität und uneingeschränkten Anerkennung und Ausführung der Datenschutzgrundverordnung und weiterführender Gesetze und Verordnungen bei Erfüllung der dem Dienstleister übertragenen Aufgaben. Dies unter ergänzender Berücksichtigung und Verpflichtung bei der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, im Sinne des Art.9 Abs.2 Buchstabe a) bis j) DSGVO, falls eine Auftragskonstellation dieser Art vorliegt.

Die fachliche Bearbeitung Ihres Anliegens obliegt der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, sobald Ihr Antrag von der Kreisverwaltung zur weiteren Bearbeitung z.B. aus einem Portal übernommen wurde. Sie erhalten hierüber eine Benachrichtigung, es gilt dann ausschließlich dieser Datenschutzhinweis.

Ihren Antrag aus dem Portal erhalten wir von:

Die Datenverarbeitung im Rahmen des Online Dienstes ELIA Online erfolgt auf der IT-Infrastruktur der Dataport AöR, die im Auftrag des Verantwortlichen (das Zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein) den Online-Dienst betreibt. Im Rahmen des Anschlusses an das Portal, um Anträge zum Fachverfahren in den Verantwortungsbereich der Kreisverwaltung ziehen zu können, sind entsprechende Verträge geschlossen worden.

Achten Sie bitte daher auch hier auf die ggfls. abweichenden Datenschutzhinweise bzw. abweichenden Verantwortlichkeiten (gemeinsame oder alleinige Verantwortlichkeiten) des Portalbetreibers ggfls. auch mit anderen Dienstleistern (Elster ID, ggfls. auch Bund ID usw.). Diese kann zeitlich versetzt neben der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung ab Annahme Ihres Antrages aus dem Portal, zur weiteren, fachbezogenen Bearbeitung, vorliegen.

7. Speicherdauer

Ihre Daten werden nach der Erhebung und ggf. Weiterleitung bei der jeweiligen Behörde bzw. bei der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen des Bundes und der Länder für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Regel - Löschrfrist

Die Regel-Löschrfrist von Anträgen nach dem BImSchG / BImSchV, die in das Fachverfahren der Kreisverwaltung übernommen wurden, beträgt voraussichtlich fünf Jahre, es sei denn gegen die Löschung sprechen gesetzlich legitimierte Gründe bzw. ein laufendes Verfahren oder die Gesetzeslage für die Löschrfrist ändert sich.

8. Kategorien personenbezogener Daten

Die Kreisverwaltung verarbeitet neben personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 5 der DSGVO auch ggfls. besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie ggfls. z.B. sensible Gesundheitsdaten (z.B. als Hinderungsgrund einer Rechtgeschäftsfähigkeit) entsprechend der Kategorisierung des Art. 9 DSGVO. Die Verarbeitung findet statt, soweit dies zur konkreten, übertragenen Aufgabenerfüllung gemäß Art. 9 Abs.2 Buchstabe a) - j) DSGVO notwendig, zweckmäßig und gesetzlich legitimiert ist.

9. Betroffenenrechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen (Kontaktdaten der Verantwortlichen, der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, siehe Ziffer 1 dieses Datenschutzhinweises) zu, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und keine höherrangigen, gesetzlich legitimierten Gründe (wie z.B. Gefahrenabwehr, personenbezogene Daten Dritter, missbräuchliche Ausübung usw.) dagegensprechen und soweit die Verarbeitung dem Verantwortungsbereich der Kreisverwaltung zuzuordnen ist:

9.1 Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- (8) Auskunft darüber, ob eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO stattfindet. Im Falle des Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person;
- (9) Ihnen steht außerdem das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten ggfls. in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

9.2 Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind.

9.3 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten bestreiten: für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

9.4 Recht auf Übertragbarkeit der Daten

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie vom Verantwortlichen verlangen, die Sie betreffenden und von Ihnen bereitgestellten, personenbezogenen Daten zu erhalten und diese Daten in den in Art. 20 Abs. 1 Buchstabe a und Buchstabe b DSGVO benannten Fällen, einem anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen.

9.5 Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
- (4) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
- (5) die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt
- (6) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Ausnahmen zum Recht auf Löschung

Eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten kann nicht stattfinden, soweit die Verarbeitung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

Ebenso aus Gründen des öffentlichen Interesses in Fällen gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h und i (als Beispiel u.a. die öffentliche Gesundheit) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO; bzw. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Ziffer 9.5 a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

9.6 Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung

Sie als betroffene Person haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender, personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, Art. 21 DSGVO; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

10. Widerruf der Einwilligung

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

11. Beschwerderecht

Sind Sie der Meinung Ihre personenbezogenen Daten werden nicht ordnungsgemäß vom Verantwortlichen verarbeitet oder Ihren Betroffenenrechten werde nicht genügend Abhilfe geleistet, so steht Ihnen uneingeschränkt die Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Sie, als betroffene Person, haben in diesem Fall die Möglichkeit, sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Mainz, mittels folgender Kontaktalternativen, direkt zu wenden:

Postanschrift: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Postfach 30 40, 55020 Mainz

Besucheradresse: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

12. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen ergeben sich aber auch für Sie, als betroffene Person oder für Sie, als gesetzlicher Vertreter einer betroffenen Person, unter Umständen Mitwirkungspflichten. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die spezialgesetzliche Würdigung und Bearbeitung des Einzelfalles haben können. Die Mitwirkungspflichten gelten auch im Rahmen von ggfls. Vermittlungsleistungen. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, ggfls. das persönliche Erscheinen, soweit dies zur Bearbeitung nötig ist. Im Falle der Nichtbeachtung können Nachteile bzw. Sanktionen entstehen, da eine Bearbeitung ggfls. dann nicht mehr möglich ist und/oder aufgrund fehlender oder fehlerhafter Informationen Entscheidungen abweichend vom tatsächlichen Sachverhalt getroffen werden.

13. automatisierter Abgleich

Im Rahmen bestimmter Leistungen können persönliche Daten mit den sonstigen ermittelten Daten automatisiert abgeglichen werden, um so eine passgenaue Bearbeitung zu ermöglichen, dies nur, wenn es gesetzlich und fall- sowie zweckbezogen legitimiert ist, so z.B. im Falle des

- Abgleichs mit der Meldebehörde zur Meldeanschriften
- Abgleichs mit ggfls. anderen Behörden (bzw. Referaten wie Bauamt usw.), Meldebehörden bzw. Katasteramt usw.

Sich ergebende Verdachtsfälle auf z.B. Betrug werden dabei (nach Prüfung des Einzelfalles vorab) bei der Staatsanwaltschaft angezeigt

14. automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DSGVO

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling genutzt (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe f DSGVO).

15. Zweckänderung

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Verarbeitungszwecke zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.

16. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen findet auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO in der Regel nicht statt, Abweichungen müssen gesetzlich legitimiert sein und der Betroffene ist entsprechend zu informieren, soweit keine zwingenden, gesetzlichen Gründe gegen eine solche Information sprechen.

17. Weitere Informationen

Weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte unserer Webseite bzw. der Datenschutzerklärung und dem Impressum auf unserer Webseite unter <https://www.westerwaldkreis.de/> Dort finden Sie auch Auskunft über eine sichere, elektronische Kommunikation mit der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises.

18. Aktualisierung der Datenschutzhinweise

Gelegentlich ist es notwendig fachspezifische Datenschutzhinweise der aktuellen Gesetzeslage oder Rechtsprechung anzupassen. Auf unserer Homepage des Westerwaldkreises ist jeweils die aktuellste Version unter „Datenschutzhinweise nach Leistungen“ hinterlegt und kann dort als PDF heruntergeladen werden.